

Bündnis will kommunales Wahlrecht für alle Bürger

VON MARCO PUSCHNER

„Demokratie braucht jede Stimme“ lautet der Titel einer Kampagne, mit der die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) für ein kommunales Wahlrecht für alle Bürger wirbt – egal, welchen Pass sie besitzen.

Bisher dürfen nur Deutsche oder Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten über die Politik in Städten und Gemeinden mitentscheiden. Bürger, die aus sogenannten Drittstaaten stammen, können kein Votum abgeben. „Diese problematische Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Migrantengruppen wird als diskriminierend empfunden“, sagte die AGABY-Vorsitzende Mitra Sharafi Neystanak bei der Pressekonferenz zum Kampagnenstart. Das Dreiklassenwahlrecht müsse beendet werden.

Bis Ende 2009 sammeln die AGABY und ihre 18 Kooperationspartner nun Unterschriften dafür, dass jeder Einwohner, der mindestens seit vier Jahren in Deutschland lebt, das kommunale Wahlrecht erhält. Die Stimmen werden im Januar der neuen Bundesregierung übergeben. Damit zum Beispiel auch Türken oder Schweizer auf kommunaler Ebene wählen dürfen, ist eine Grundgesetzänderung nötig, die der Bundestag mit einer Zweidrittelmehrheit entscheiden müsste.

Dem Bündnis, für das Oberbürgermeister Ulrich Maly als Schirmherr fungiert, gehören neben den Ausländerbeiräten (bzw. vergleichbaren Gremien) der großen bayerischen Städte Gewerkschaften (u.a. DGB, ver.di), Sozialverbände (u.a. Bayerischer Jugendring, Paritätischer Wohlfahrtsverband) und Migrantenorganisationen wie die Türkische Gemeinde in der Metropolregion an. Auch die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) ist mit an Bord.

In Nürnberg ist jeder Zehnte von der Wahl ausgeschlossen

Parteien wurden nach Aussage von Sharifi Neystanak bewusst nicht gefragt; jedoch finden sich prominente Politiker von SPD, Grünen und FDP unter den Erstunterzeichnern. Innerhalb der CSU will Edgar Schiedermeier um Unterstützung werben, der von 1993 bis 1999 für die Konservativen im Europaparlament saß und als Landesvorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der KAB Bayern amtiert.

Ludwig Markert, Präsident des Diakonischen Werks Bayern, erinnerte daran, dass schon im Koalitionsvertrag 2005 Union und SPD beschlossen hatten, ein kommunales Wahlrecht für alle „zu prüfen“; daraus sei nichts geworden. Bürger aus Nicht-EU-Staaten nicht über die Gestaltung des kommunalen Lebens entscheiden zu las-

sen, sei „zutiefst undemokratisch“ und „konterkariert die Maßnahmen zur Integrationsförderung“. Das kommunale Wahlrecht dagegen berge „Integrationspotenzial“: „Die Menschen wären nicht nur Objekte des politischen Handelns, sondern könnten Verantwortung mittragen.“

Laut Diana Liberova, der stellvertretenden Vorsitzenden des Nürnberger Ausländerbeirats, leben in Nürnberg 50 000 Bürger, die weder einen deutschen Pass noch den eines der anderen EU-Mitgliedsstaaten haben. „Damit ist jeder zehnte Nürnberger von der Wahl ausgeschlossen.“ Diese Menschen könnten „nicht über den Straßenbau vor ihrem Haus oder über die Sanierung der Schulen, in die ihre Kinder gehen, mitentscheiden“.

Liberova erinnerte daran, dass Frauen erst vor 90 Jahren das Wahlrecht erhalten haben. 1996 durften EU-Bürger erstmals in Bayern bei einer Kommunalwahl ihr Kreuz machen. „Es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen.“

Wer sich der Kampagne anschließen will, kann dies im Internet unter www.demokratie.agaby.de tun.

Wer darf wählen?

Absurde Unterscheidung

Nach aktuellen Angaben des Statistikamtes leben in Nürnberg 291 Slowenen und 811 Mazedonier. Bei der Kommunalwahl 2008 durften die einen über die Zusammensetzung des Stadtrats und die Person des Oberbürgermeisters abstimmen, die anderen nicht. Und das nur, weil der eine der beiden aus dem früheren Jugoslawien hervorgegangenen Staaten mittlerweile der EU angehört (Slowenien), der

Der NZ-Kommentar

andere nicht (Mazedonien). Eine solche Unterscheidung ist absurd.

Auf kommunaler Ebene wird nicht über die ganz großen außenpolitischen Themen entschieden, die die Bürger ohne deutschen Pass womöglich – so oft die Argumentation der Gegner eines liberalisierten Wahlrechts – in Loyalitätskonflikte mit ihren Herkunftsländern stürzen könnten. Es geht vielmehr um die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, die Ausstattung von Schulhäusern oder die Förderung kultureller Einrichtungen – Dinge des täglichen Lebens also, die jeden betreffen, egal, welchen Pass er hat. Deswegen sollten auch alle Bürger, die dauerhaft hier wohnen, am politischen Prozess beteiligt werden. Die Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme“ ist absolut begrüßenswert.

Marco Puschner

Die NZ gratuliert

Am Dienstag, 15. September, feiert Herr Georg Rießner 40-jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Bosch.